

Der Kampf für Erdverkabelung geht weiter

Die Bürgerinitiative Pro Erdkabel Bad Gandersheim / Kreiensen hatte am vergangenen Freitag alle Beteiligten an einen Tisch geholt. Das Forum des Roswitha Gymnasiums war gut gefüllt, da die geplante Stromübertragung das Gesicht unserer Region zukünftig nachhaltig verändern würde .

Die wichtigste Erkenntnis des Abends: Die Bundesnetzagentur bestätigte die Befürchtung, dass bis 2022 bis zu drei weitere Stromtrassen parallel zu der jetzt in Planung befindlichen Trasse Wahle-Mecklar dazu kommen können. Konkretes würde erst 2014 mit dem Bundesnetzplan festgelegt.

Auf dem Podium saßen Vertreter des Netzbetreibers, eines Kabelherstellers der Bundesnetzagentur, Bundes- und Landespolitiker und ein Fachmann für Elektromog. Der Berliner Journalist Hannes Koch moderierte den Abend fachmännisch.

Der Vertreter des Netzbetreibers Tennet, Martin Groll, beklagte die abnehmende Stabilität des Netzes und nannte dies als Grund für den erforderlichen Neubau der Trasse. Seit der starken Zunahme der erneuerbaren Energien seien die notwendigen Eingriffe ins Netz dramatisch angestiegen.

„Pro Erdkabel“, das war die klare Botschaft des Physikers Dr. Peter Neitzke vom Ecolog-Institut in Hannover. Die elektromagnetischen Felder werden von der Erde besser abgeschirmt, nur unmittelbar über dem Kabel sei die Belastung stärker als unter der Freileitung. Für einen klaren Ursache-Wirkung-Zusammenhang fehlten oft die Studien, doch der Elektromog von Höchstspannungsleitungen wirkt auf Kinder wahrscheinlich krebserregend.

„Alte Planungen einstellen, um neue Technologien zu ermöglichen“, dies war die Forderung der Bürgerinitiative. Die Planung stammt aus der Zeit vor dem Atomausstieg und seit dem hat sich viel geändert, so dass es möglich ist, dass die in Planung befindliche Trasse doch überflüssig wird. Eine nachvollziehbare Begründung fehlt bis heute. Bei einem Autobahnausbau werden Verkehrszählungen vor einem Ausbau durchgeführt, bei Stromleitungen entspricht dies sog. Lastflussmessungen. Die Veröffentlichung bzw. Überprüfung dieser Daten durch ein unabhängiges Institut forderten der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, Stefan Wenzel und der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Matthias Miersch. Mit nachprüfbaren Zahlen könnte man um Akzeptanz werben.

Der Kabelhersteller ABB berichtete über die Vorteile der Höchstspannungsgleichstromübertragung, den HGÜ-Leitungen und konnte ein Bündel von Referenz-Projekten nachweisen.

Manch eine Zuhörer hatte sich von den Politikern klare Worte zum Abrücken vom Projekt „Wahle-Mecklar“ gewünscht – und wurde enttäuscht. Dr. Maria Flachsbarth von der CDU stellte von Anfang an klar, dass es Erdverkabelung nur bei Annäherung an die Wohngebiete möglich sei, „mehr gibt das Gesetz nicht her“ stellte sie unmissverständlich fest. Miersch hoffte auf bessere Aussichten und den Einsatz umweltfreundlicher Technologie, wenn die Übertragungsnetze in staatlicher Hand wären. Dann wären die hohen Renditegarantien für die Netzbetreiber nicht nötig.

Die Veranstalter waren am Ende des Abends über die gute Beteiligung an ihrer Veranstaltung erfreut. Für viele Zuhörer war das meiste Gesagte neu, während die anwesenden Aktivistinnen der Bürgerinitiativen bei manchen Themen besser informiert, waren als die Politik.

Fazit der Veranstaltung: Noch ist die Trasse nicht gebaut und fast täglich lesen wir von neuen Entwicklungen in der Stromübertragung, daher sind wir zuversichtlich und der Kampf für Erdverkabelung geht weiter.

„In einem so dicht besiedelten Land wie Deutschland kann man nicht 1000 km lange und 400 m breite Schneisen mit Freileitungen durch die Landschaft holzen. Als Technologie-Führer könnte Deutschland die im eigenen Land moderne Technik einsetzen und diese dann exportieren. Energiewende bedeutet Chancen nutzen, statt an überkommener Technik festhalten“, fasst BI-Sprecher Johannes Antpöhler die Perspektive zusammen.